Folge infamer SPD-Denunziation

Genosse Jendrosch ist entlassen

Eisenbahner, protestiert gegen die unerhörte Maßregelung / Antwortet bei der Betriebsrätewahl den sozialfaschistischen Denunzianten Hinein in die RGO!

Die Reichsbahndirektion Oppeln hat den Genossen Jendrosch fristlos entlassen.

Die Entlassung erfolgte auf Grund der Denunziation der SPD-Presse, die direkt zur Maßregelung aufgefordert hat, weil Genosse Jendrosch sich stets voll und ganz für die Interessen der Eisenbahner eingesetzt hat.

Die Eisenbahner wurden durch die Tätigkeit des Genossen Jendrosch im Sinne der RGO überzeugt, daß sie nur unter ihrem Banner erfolgreich gegen Dorpmüllers Ausbeuterkurs ankämpfen können. Sie kehrten dem Reformismus den Rücken und stoßen zur RGO. Die infame Bürokratenklique aber griff zu den niederträchtigsten Denunziantenstückchen. Die Empörung unter den Eisenbahnern ist außerordentlich. Die Abrechnung mit Dorpmüllers Achtgroschenjungen folgt.

Eisenbahner, protestiert überall! Gebt bei den Betriebsrätewahlen dem sozialfaschistischen Denunziantentum die richtige Antwort! Hinein in die RGO!

Die RGO hat seit Jahren nachgewiesen, daß die Reformisten des EdE die allerunterthänigsten **Knechte Dorpmüllers** sind, zu jedem Angriff gegen die Eisenbahner — Lohnraub, Feierschichten, Dienstdauerverschlechterungen — aktive Hilfe leisten. Die Reformisten sind vollkommen mit dem kapitalistischen System verbunden und deshalb zu **jeder Schurkerei** gegen die Eisenbahnproleten bereit. Die frühere revolutionäre Tradition der SPD-Bonzen im EdE ist **längst vor die Hunde gegangen** und tausendfach mit Kot beschmiert. Um den Eisenbahnern zu zeigen, daß heute **die RGO allein** die revolutionäre Tradition aufrechterhält und treu zu dem Kampfpanier der Vorkriegszeit steht, nachfolgende Abläte über die Eisenbahnerfragen im Wahlhandbuch der sächsischen SPD von 1903, zu dem der alte Bebel selbst das Vorwort schrieb. Unter anderem ist über die Maßregelungen der Eisenbahner, das **Koalitionsrecht und die Stellung klassenbewußter Arbeiter** folgendes gesagt:

„Mit der Hungerpeitsche gegen organisierte Eisenbahner

Je mehr Mißstände in einem Betrieb herrschen, desto größer ist die Furcht vor der Organisation, desto maßloser auch die Verfolgungssucht gegen die organisierten Arbeiter. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet begreift man, daß die Generaldirektion der Staatsbahn und das Finanzministerium dem Verband der Eisenbahner Deutschlands nichts weniger als Sympathie entgegenbringen, denn auf der sächsischen Staatsbahn herrschen, wie wir bereits gesehen haben, Zustände, die viel Grund zur Unzufriedenheit geben müssen. In der Verwaltung der sächsischen Staatsbahn aber ist die Furcht vor der Organisation in eine Verfolgungswut ausgeartet, die zu Versuchen geführt hat, Koalitionsrecht der Arbeiter überhaupt zu ersticken. Man wirft organisierte Arbeiter rücksichtslos auf die Straße, verpflichtet die Arbeiter bei sofortiger Entlassung zur Denunziation, um die Vertrauensmänner der organisierten Eisenbahner ausfindig zu machen und die Hungerpeitsche gegen sie anzuwenden, ja, man hält die Staatsbahn schon für gefährdet, wenn ein Eisenbahnangestellter ein Arbeiterblatt liest . . .

. . . Die Regierung schien nur auf diese Aufforderung der konservativen Scharfmacher gewartet zu haben, denn der Finanzminister v. Watzdorf beeilte sich, die Hetzer auf den Bänken der Konservativen durch folgende Ausführungen zu befriedigen:

„Ich habe die Frage mit der **bestimmten** Erklärung zu beantworten, daß die **Regierung jeden Beamten oder Arbeiter, der sich agitatorisch in der Richtung betätigen sollte, um das Personal zum Zusammenschlusse gegen die Maßnahmen der Verwaltung zu veranlassen, in kürzester Frist aus dem Eisenbahndienste entfernt wird . . .** Und weiter habe ich zu erklären, daß die Regierung das Personal in geeigneter Weise darauf hinweisen wird, daß jeder Beamte oder Arbeiter, der sich einer Vereinigung der gedachten Art anschließt, **die Entlassung zu gewärtigen hat.**"

Das genügte natürlich und war wohl mehr, als die Konservativen erwartet hatten. Der ministeriellen Erklärung folgte denn auch die Tat sofort nach, denn schon an anderen Tage wurde eine Verordnung der Generaldirektion in den Bahnhöfen angeschlagen, worin es hieß:

„Im eigenen Interesse des Personals wird darauf aufmerksam gemacht, **daß die Beteiligung an dem Verbande der Eisenbahner Deutschlands** oder ähnlichen sozialdemokratischen Tendenzen huldigenden Vereinen und die Unterstützung derartiger Bestrebungen mit der Beschäftigung bei der Staatseisenbahn-Verwaltung nicht vereinbar ist und **daher die Entfernung aus dem Staatseisenbahndienste im Kündigungswege zur Folge hat. . . .**"

. . . . Ueber den Erfolg dieser Tat hatte sich aber die Generaldirektion der Staatsbahn getäuscht die Eisenbahnerorganisation erstarkte unter der Verfolgungsjucht immer mehr und der **Weckruf der Eisenbahner** wurde das gelesenste Blatt auf der Staatsbahn. Da sah sich die Verwaltung zu neuen Drohungen veranlaßt und im Dezember 1901 erließ sie folgende Bekanntmachung:

„Im Anschluß an frühere Warnungen weist die königliche Generaldirektion darauf hin, daß Beamte und Arbeiter, **welche den Weckruf halten** oder ihn verbreiten, ebenso die **Entfernung aus dem Staatseisenbahndienste** unnachsichtlich und sofort zu gegenwärtigen haben, wie diejenigen, welche sich dem Verbande der Eisenbahner anschließen. Nach Befinden wird schon diejenigen Beamten und Arbeiter die gleiche Strafe treffen, welche es unterlassen, über die von anderer Seite erfolgte Verbreitung des Weckrufs an die vorgesetzte Stelle Anzeige zu erstatten."

Hier wurde den Eisenbahnangestellten bei Strafe sofortiger Entlassung sogar die **Denunziation** ihrer Kollegen zur Pflicht gemacht. Aerger konnte man es bei den Versuchen, das Koalitionsrecht der Eisenbahner zu vernichten, und jede freie Regung zu ersticken, nicht treiben."

Es ist aber fast dreißig Jahre her, daß die SPD einen solchen Kampf gegen die Scharfmacher führte: Heute sind die Reformisten selbst die Denunzianten und Nachtwächter der Ausbeuter, die von den Arbeitern bekämpft werden müssen um den Weg freizumachen für die Beseitigung der immer schamloseren Ausbeutung.

Eisenbahner! Heraus zum Kampf für die RGO für den roten Sieg bei der Betriebsrätewahl am 9., 10., 11. Mai

Sammelt für die streikenden Bauarbeiter!

Erneuter Lohnraub bei den Textilern

Nach der Durchführung des Lohnraubschiedsspruches, welcher am 28. Februar in Kraft trat, versuchen die Unternehmer in der Textilindustrie betriebsweise weitere Lohnverschlechterungen durchzuführen. So auch in der Jutespinnerei Meißen.

*

Vorige Woche fand dort in den Abteilungen Weberei und Spinnerei eine Abstimmung über die Forderung der Direktion, die Prämienlöhne abzubauen, statt. Mit ganz knapper Mehrheit wurde von den Abteilungsbelegschaften die erneute Lohnverschlechterung angenommen. Die Reformisten unterliefen es selbstverständlich, die Belegschaft ernstlich zum Kampf gegen den erneuten Lohnraub zu mobilisieren. Sie nahmen eine scheinradikale Stellung ein sabotierten aber die Organisierung der Kampfsolidarität der übrigen Abteilungsbelegschaften, was entscheidend zur Stärkung der vom Lohnraub betroffenen Kolleginnen und Kollegen war. Es sind dies keine „Fehler" der reformistischen Betriebsräte, und der erfahrenen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten, nein, **ganz bewußte Sabotage** ist es, sie sind die Wegbereiter des Lohnraubes.

Am 31. August läuft erneut der Tarif der sächsischen Textilarbeiter ab. Schon jetzt haben die Reformisten ihren Verrat festgelegt. Erklärte doch der Betriebsrat der Jutespinnerei:

Wenn die Unternehmer den Tarif am 1. August nicht kündigen, so läuft er eben zwei Monate weiter!

Den Reformisten ist also der Elendslohn der Textilarbeiterschaft gleichgültig, obwohl sie in der Verbandszeitung dauernd darüber jammern.

Die Kollegen und Kolleginnen der Jutespinnerei werden aber die Lehren aus dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsverrat ziehen. Nur eine Antwort gibt es:

Mobilisierung für Kündigung des schändlichen Lohntarifs, für Lohnerhöhung. Darum Masseneintritt in die RGO. Schafft eine starke Betriebsgruppe der Jutespinnerei.

Stürmische Fortschritte in Stadt und Land

Die 15 roten Tage der RGO

Eine Versammlungskampagne überflutet das ganze Reich / Das deutsche Proletariat baut seine revolutionäre Gewerkschaftsopposition auf

Aus allen Teilen des Reiches wird über den stürmischen Vormarsch der RGO berichtet. Die Versammlungskampagne der RGO die vom 15. April bis 1. Mai das ganze Land überflutet, hat schon eingesetzt. Neue RGO-Gruppen in den Betrieben und auf den Nachweisen werden gegründet. Wir beschränken uns nur auf wenige Beispiele:

Täglich finden Versammlungen in den Betrieben statt, in denen Massen von Arbeitern und Arbeiterinnen ihren Beitritt zur RGO erklären. Besonders bei den streikenden **Bauarbeitern**, die unter Führung der RGO im Kampfe stehen und bei den **Landarbeitern** erfolgen täglich Neuanmeldungen. Die **Eisenbahner** stellen an den entscheidenden Dienststellen Sachsens rote Listen auf und die **Metallarbeiter** sowie die **Gemeindearbeiter** nehmen in den Betrieben die Wahl von Delegierten für die Landeskonferenzen vor; die Metallarbeiter stellen Kampfprogramme auf und wählen vorbereitende **Kampfausschüsse**. Die Sturmtage der RGO reihen sich alle Betriebe und Stempelstellen auf und sind schon jetzt erkennbar als Mittel unseres gewaltigen organisatorischen Fortschritts.

Die Berliner oppositionellen Chemiearbeiter schreiben uns über den Vormarsch der RGO: Das im Sturmplan für Berlin gesteckte Ziel von 31 roten Einheitslisten in den Chemiebetrieben ist bereits Anfang April überschritten worden. Die Wahlen mehrerer Betriebe im Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz stehen noch bevor und werden weitere Erfolge bringen. Bei den jetzt stattgefundenen Wahlen in 32 Betrieben vereinigen sich Stimmen auf die

Rote Einheitslisten	4896 Stimmen
Reformisten	3210 Stimmen
Christen	197 Stimmen
Nazis	130 Stimmen

Die RGO-Betriebsgruppe der Zellwerke hat den Wettbewerb mit der Betriebsgruppe Kalichemie aufgenommen mit dem Ziel, am 15. Juni 60 Mitglieder zu besitzen. Die Betriebsgruppe Schering-Kahlbaum, Adlershof, hat im Wettbewerb mit der Betriebsgruppe Agfa sich für die Zeit vom 9. April bis 15. Mai 1931 als Ziel gesetzt, die Gewinnung von 50 neuen RGO-Mitgliedern. Die Betriebsgruppe Agfa will darüber hinaus am 15. Juni 1931 die Schaffung einer guten Angestellten- und Jugendgruppe im Betrieb erreicht haben.

Aus Schlesien wird uns über die RGO-Erfolge auf den Gütern unter den Landarbeitern berichtet: Nach den ersten Gutsstreiks gegen Lohnraub, die teilweise mit einem vollen Erfolg beendet wurden, so z. B. in Michelsdorf bei Haynau, traten am Montag früh die Landarbeiter von Borganie im Kreis **Schweidnitz** in einen geschlossenen Angriffsstreik für die Forderungen: sofortige Einstellung der gemaßregelten Kollegen, drei Pfennig Lohnerhöhung usw. Die Zahlstelle des Deutschen Landarbeiterverbandes existiert nicht mehr, da sich die Landarbeiter alle der RGO angeschlossen haben und die Gründung eines Roten Landarbeiterverbandes fordern. Am Sonntag, dem 19. April finden die Reichskonferenzen der Landarbeiter statt, die Delegierte zur Bezirkskonferenz der Landarbeiter am 26. April schicken. In der Bezirkskonferenz wird — so ist die Stimmung der schlesischen Land- und Forstarbeiter — ein roter Verband gegründet werden.

Das ist die Antwort der deutschen Arbeiterschaft auf die streikbrecherische, gelbe Politik der reformistischen Gewerkschaftsführer. Das ist die Antwort auf die dauernde Preisgabe der Interessen der Gewerkschaftsmitglieder durch die Bürokratie. Die Antwort lautet: neue hunderttausende Mitglieder für die RGO, neue zehntausende RGO-Gruppen in den Betrieben, auf den Arbeitsnachweisen!

Was der deutschen Arbeiterschaft jetzt fehlt, ist eine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, [illegible] Massenorganisation. Das muß geschaffen werden, wenn die deutsche Arbeiterschaft wirksam den Angriff des Kapitals abwehren will.

Der Genosse Thälmann, der Führer der Kommunistischen Partei, schrieb in seinem Neujahrsaufsatz an den Genossen [illegible]:

„Ich betrachte mich „lediglich" als Funktionär der Kommunistischen Partei die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung mit allen Kräften unterstützt zu haben. Ich [illegible] Genossen und den Gewerkschaftsopposition. Diese „Schule" werden in kurzer Zeit [illegible] Wir sind bereit, den Genossen Thälmann in die Zeit zurückzugeben!

RGO-Funktionärkonferenz

Sonntag, 9.30 vormittags, im Keglerheim, Dresden.

Tagesordnung:

RGO-Sturmplan — Lohnraub u. Wirtschaftskämpfe

Alle RGO-Funktionäre des UB Dresden müssen anwesend sein.

Mitgliedskarte legitimiert **Bezirkskomitee der RGO.**

Erfolg der RGO!

Lohnraub wurde abgewehrt

Arbeiterkorrespondenz 841

Kamenz. Wie in einem anderen Artikel schon erwähnt, hat der hiesige Stadtrat am **Lohn der Notstandsarbeiter 10 Prozent abgebaut.** Dies nahm der Ortsausschuß der RGO zum Anlaß, am Sonnabend, dem 14. April 1931, bei diesen Arbeitern vorzustoßen. Während der Frühstückspause wurden zwei fliegende Versammlungen bei den Notstandsarbeitern der Fabrik und Pulnitzer Straße durchgeführt in der die Genossen Schneider und Günther sprachen. Ausgehend von den Lohnkämpfen im Reiche zeigten sie an Hand zahlreicher Beispiele, das **brutale Gesicht des Unternehmertums und den Verrat der Gewerkschaftsbonzen um dann zum Schluß zusammenfassend folgende Forderungen zu kristallisieren:**

Wahl roter Vertrauensleute, Wegfall des 10prozentigen Lohnabbaues

Nach dem die roten Vertrauensleute gewählt worden waren, rückte eine Kommission zum Bürgermeister die mit ihm verhandelte. Das Resultat entsprach unserer Forderung. Diese Vorgänge beweisen wieder einmal, daß die RGO die einzige Vertreterin ist die die Forderungen der Arbeiter zu den ihrigen macht. Darum geht unser Appell an die Kamenzer Arbeiterschaft: Hinein in die RGO!

Ein guter Wettbewerb zwischen Ehape und Tietz in Köln

In einer Mitgliederversammlung der Industriegruppe Warenhaus der RGO in Köln wurde folgender Wettbewerb zwischen den Betriebsgruppen Ehape und Tietz abgeschlossen. Beide Gruppen gelobten, bis zum 1. Juni folgendes durchzuführen:

100prozentige Steigerung der Mitglieder. Verkauf von je 100 Massenbroschüren und täglicher Ausgabe einer Betriebszeitung.

Dieser Wettbewerb wurde mit großem Beifall der Versammlung angenommen. Weiterhin stellte die Industriegruppe Warenhaus einen eigenen Sturmplan auf von 300 neuen Mitgliedern bis zum 1. Juli d. J. Das bedeutet praktisch eine Steigerung von 200 Prozent.

Angestellte und Arbeiter der Warenhausbetriebe, folgt diesem Beispiel!

SLUB
Wir führen Wissen.